
3429/J XXII. GP

Eingelangt am 21.09.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gaal, Petra Bayr, Eder
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend **Aufkündigung des 50:50 Finanzierungsschlüssels für den Wiener U-Bahn-Ausbau seitens des Bundes**

In der Tageszeitung „Die Presse“ vom 03.09.2005, war unter dem Titel „*Rieder: Todesstoß für U-Bahn-Ausbau*“, folgendes zu lesen:

„Wiens Finanzstadtrat will weiter Hälften der U-Bahn Finanzierung durch Bund. WIEN. Sichtlich erregt reagiert Wiens Finanzstadtrat Sepp Rieder auf die Überlegungen, die Infrastrukturminister Hubert Gorbach im Interview mit der "Presse" äußerte. Gorbach hatte gedroht, dass der Bund in Zukunft den Finanzierungsschlüssel von 50:50 in Frage stellen würde und damit nicht mehr die Hälften der Kosten für den U-Bahn-Ausbau übernehmen könnte.“

„Das wäre der Todesstoß für den weiteren U-Bahn-Ausbau“, meinte Rieder dazu am Freitag anlässlich einer Präsentation des neuen U1-Teilabschnitts vom Kagraner Platz nach Leopoldau. Alleine werde die Stadt Wien die Vorhaben nicht realisieren können. Sollte der Bund den bisherigen Finanzierungsschlüssel tatsächlich ändern, „dann wird es die vierte Ausbaustufe in der bisher geplanten Form sicher nicht geben“. Konkret sei dadurch die Verlängerung der U1 in den Süden nach Rothneusiedl und der U2 zum Flugfeld Aspern gefährdet. ...“

Schließlich mahnt der Finanzstadtrat, dass ein Stopp des U-Bahn-Ausbaus in der geplanten Form massive Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft hätte. Denn rund 200 Firmen seien mit über 440 Bauvorhaben rund um den U-Bahn-Bau beschäftigt. Allein die vierte Ausbaustufe des Wiener U-Bahn-Netzes habe ein Investitionsvolumen von 700 Millionen Euro. „Das wäre ein großer Rückschlag beim Versuch, die Wirtschaft anzukurbeln“, meint Rieder, „es wundert mich, dass Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer sich dazu noch nicht gemeldet haben.“

... „Es stellt sich die Frage, ob der Bund die Verantwortung für einen abrupten Stopp inklusive aller Konsequenzen für die Bauwirtschaft übernehmen will.“

Dass der Ausbau tatsächlich zum Stillstand kommt, glaubt der Stadtrat indes nicht. Zum einen entsprächen die Äußerungen Gorbachs der "üblichen Vorgangsweise der Bundesregierung", schon vor Beginn der Verhandlungen mit Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Zum anderen sei der Infrastrukturminister gar nicht für Finanzierungsfragen zuständig. Denn der Verhandlungspartner auf Seiten der Bundesregierung sei einzig Finanzminister Karl-Heinz Grasser. ..."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Warum äußert sich Vizekanzler Gorbach, als nicht für Finanzierungsfragen zuständiges Regierungsmitglied, über die Finanzierung des U-Bahn-Ausbau in Wien?
2. Planen Sie künftig den Finanzierungsschlüssel von 50:50, für den U-Bahn-Ausbau in Wien, zu verändern?
 - a) Wenn ja, in welcher Weise und warum?
 - b) Wenn nein, warum kündigt Vizekanzler Gorbach diese „Absicht“ im Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ an?
3. Werden Sie die Verantwortung für einen allfälligen Stopp der Investitionstätigkeit im Bereich des U-Bahn-Ausbau, inklusive aller Konsequenzen für die Bauwirtschaft, übernehmen?
 - a) Wenn ja, in welcher Weise?
 - b) Wenn nein, wer soll diese finanzielle Verantwortung übernehmen?